

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 66 A

BERLIN • Freitag den 18 März 1932

1 JAHRGANG

Scharfe Maßnahmen gegen NS.

Berlin, 17. März.
Der preußische Innenminister gibt soeben eine amtliche Mitteilung heraus, aus der hervorgeht, was allerdings keinem viel Neues sagen wird, daß die Nazis gewillt sind, auf alle mögliche legale und illegale Art

und Weise die Macht zu ergreifen. Wir bringen im Innern der Zeitung den genauen Wortlaut des preussischen Ministerialerlasses und hoffen, daß der Minister noch stark genug sein wird, sich und uns allen die Nazis vom Halse zu halten.

Einschreiten der Signatarmächte

Am Dienstag haben, wie jetzt bekannt wird, die Regierungen der vier Signatarmächte des Memelstatuts, England, Frankreich, Italien und Japan, den Gesandten Litauens in London davon in Kenntnis gesetzt, daß die vier Mächte einen gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung planen. Die Signatarstaaten wollen die litauische Regierung nachdrücklich an die Entschließung des Völkerbundesrats erinnern, der die Bildung eines verfassungsmäßigen Direktoriums im Memelgebiet gefordert hatte. Diese Forderung ist durch die Einsetzung des Direktoriums SIMMAT, der das Vertrauen des Landtags nicht hat, verletzt worden. Die litauische Regierung soll, so verlangen die vier Mächte, unverzüglich ein Direktorium bilden, das sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Landtags stützt, andernfalls würden die Unterzeichnerstaaten den Fall dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreiten.

Vollmachten erhalten soll. Nach dem Entwurf des Gouverneurs MERRYS soll dieses Gericht unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Kownoor Obersten Tribunals tagen und aus vier weiteren Richtern bestehen, von denen zwei Groß-Litauer, die beiden andern memelländische Richter sein sollen, die aber — ebenso wie ihre litauischen Kollegen — ihrerseits vom Plenum des Kownoor Tribunals gewählt worden sind. Litauen hat sich also von vornherein den entscheidenden Einfluß in diesem Gericht gesichert.

Es ist möglich, daß dieser energische Schritt der Signatarmächte in Zusammenhang steht mit einem Ausführungsgesetz zum Memelstatut, das augenblicklich im litauischen Ministerrat beraten wird. Dieses Gesetz, das den Titel „Gesetz über die Beaufsichtigung der Ausführung des Memelstatuts“ trägt, fordert die Einsetzung eines Gerichts, das für Streitfälle zwischen der litauischen Zentralregierung und den autonomen memelländischen Behörden weitgehende

Das Gesetz ist offenbar so angelegt, daß es Fälle wie die Entlassung BÖTTCHERS als legal decken kann. In litauischen Kreisen ist behauptet worden, daß dieses Gesetz bereits die Zustimmung der Unterzeichnerstaaten erhalten hätte und daher in den nächsten Tagen in Kraft treten könne. Der Protest dieser Staaten gegen die Direktoriumsbildung macht dieses Gerücht sehr unwahrscheinlich. Es liegt näher, anzunehmen, daß die Schärfe des Protestes durch den neuen Schritt Litauens gegen die Unabhängigkeit Memels nur gesteigert worden ist.

Die angekündigte Note der Signatarmächte zur Memelfrage ist, wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, am Donnerstag nachmittag von den vier Mächten gemeinsam in Kowno der litauischen Regierung überreicht worden.

AUS DEM INHALT:

- Karl und Jenny Marx über die Pariser Kommune.
- Tod im Bergwerk.
- Scharfe Maßnahmen Severings gegen die NSDAP.
- Der Staat und die Schifffahrt.
- Generalversammlung der Reichsbank.
- Die deutsche Antwort an Tardieu.
- Reisen in Ostasien.

Marktwirtschaft und Planwirtschaft.

Von Herbert Reinemann.

EMIL LEDERER hat in einer Broschüre über „Planwirtschaft“ (Tübingen 1932) Vorschläge zur Behebung der Krise gemacht, die denen sehr ähnlich sind, die wir im „ISK“ (November 1931) aufgestellt haben. Andererseits hat der ISK bisher immer die Auffassung vertreten, daß eine sozialistische Marktwirtschaft (im Unterschied von der gegenwärtigen kapitalistischen Marktwirtschaft) die beste Wirtschaftsordnung sei. Sind wir nun also vielleicht doch in das Lager der Planwirtschaft abgerutscht, weil wir nicht etwa Abschaffung der Subventionen, sondern Umleitung der Subventionen — zu Gunsten des Häuserbaus und der Siedlungen, zu Lasten der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes — fordern? Und enthält LEDERERS Plan Vorschläge, die wir in unser Programm aufnehmen könnten oder deretwegen wir unsere Politik ändern sollten?

LEDERER äußert am Schluß seiner Broschüre einen sehr richtigen Gedanken:

„Da wir schon so tief in die Gestaltung der Wirtschaft eingreifen — warum sollen wir es nicht nach einem vernünftigen Plan tun? Und an anderer Stelle sagt er: „Investitionen der Reichsbahn sind heute — abgesehen von der für die Betriebssicherheit erforderlichen Arbeiten — nicht erwünscht.“

Statt dessen will LEDERER Subventionen so einsetzen, daß das produziert wird, was Arbeitslose brauchen.

Im Unterschied von unserem Vorschlag, der die Einstellung der Arbeitslosen im Wohnungsbau und die Ansetzung von Bauernsöhnen und Landarbeitern in landwirtschaftlichen Siedlungen vorsieht, will LEDERER verschiedene Güter des unmittelbaren Konsums herstellen lassen.

„Die Arbeiter würden wie bisher die Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Produktion würde also... grundsätzlich sehr geringe Barkosten verursachen... Praktisch würden Kosten entstehen für ausländische Rohstoffe und bestimmte Produktionselemente, die zugekauft werden müssen (Ersatzteile von Maschinen, Öl u. s. w.). Diese Kosten wären in den einzelnen Industrien verschieden — sie brauchten durchschnittlich bei lückenloser Aneinanderschaltung (von mir hervorgehoben, H. R.) der einzelnen Wirtschaftszweige nicht mehr als 15—20 Prozent des Produktwerts zu betragen.

Diese Produkte (z. B. Kohle, Schuhe, Wäsche, Kleider, Wohnungen) dürften aber nicht auf den Markt kommen, da sie ja andere Produkte dieser Art vom Markt verdrängen würden. Der Grundgedanke einer solchen Produktion liegt ja darin, daß sie keiner (oder nur sehr geringer) Finanzierung bedarf, um in Gang zu kommen, daß sie aber natürlich auch nicht Kaufkraft (in Geldform — H. R.) bildet, daher nicht die Grundlage eines erweiterten Absatzes auf dem Markt werden kann. Es müßten also die Produkte dieser „mobilisierten“ Erzeugungstätten verteilt werden, und zwar ausschließlich an Arbeitslose. Dabei würden die in den Betrieben tätigen Arbeitslosen ungefähr das Äquivalent (den Gegenwert) ihrer Arbeitsleistung erhalten müssen (d. h. wohl eine Warenmenge, die zusammen mit der in Geld weiter laufenden Arbeitslosenunterstützung der üblichen Löhnhöhe entspricht, H. R.). Da aber die Arbeitslosen mehr als dieses Äquivalent erzeugen würden, bliebe ein erheblicher Teil der Produktion zur Verteilung an die anderen Arbeitslosen übrig.“

Also „würden die Arbeitslosen selbst die Produkte der Art, die sie selbst erzeugen bzw. erhalten, nicht mehr kaufen... und sie würden natürlich statt dessen andere Produkte konsumieren.“

Der Gedanke LEDERERS, die Arbeitslosen so einzustellen, daß das von ihnen hergestellte Produkt ihnen nützt, liegt auch unserem Plan zu Grunde, der, wie gesagt, die Einstellung der Arbeitslosen beim Wohnungsbau und der Anlegung von Siedlungen vorsieht. Reichsbahn-Aufträge sind aus diesem wie aus anderen Gründen der verkehrte Weg, die Wirtschaft anzu-

Proteststreik in Polen. Schutz der Sozialversicherung. Abbau-Notverordnung abgewehrt.

Warschau, 16. März.

Die polnische Regierung beabsichtigte auf dem Wege der Notverordnung die Sozialversicherung zu verschlechtern. Dagegen hatten die Gewerkschaften für heute einen Proteststreik angekündigt. Daraufhin erklärte die Regierung, der geplante Abbau solle nicht auf dem Verordnungsweg erfolgen, sondern dem Parlament vorgelegt werden. Die Debatte hierüber werde nicht vor dem Herbst stattfinden.

Der Proteststreik wurde nach der sehr spät erfolgten Erklärung der Regierung nicht mehr abgeblasen. In Warschau lagen etwa 15 große Fabriken und zahlreiche staatliche Unternehmungen, in Galizien die gesamte Petroleumindustrie, in Lodz fast sämtliche Textilunternehmungen still.

Der Lohnstreit in der holländischen Rheinschifffahrt. 15 Prozent Lohnkürzung.

Amsterdam, 16. März.

In Verfolg früherer Ankündigungen haben die Arbeitgeber in der Rheinschifffahrt nunmehr endgültig beschlossen, den Tarifvertrag am 26. März mit Wirkung ab 1. April zu kündigen. Von diesem Tage an sollen die Löhne um 15 Prozent gekürzt werden und verschiedene Sonderzuschläge wegfallen. Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern konnte in der Lohnfrage keine Einigung erzielt werden.

Um eine Saargrube.

Keine Stilllegung. — Lohnherabsetzung.

a Saarbrücken, 16. März.

Die Stilllegung der in französischem Privatbesitz sich befindenden Grube „Frankenholz“ ist nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Grubenverwaltung und den Bergarbeiterorganisationen vermieden worden. Die Bergarbeiterorganisationen haben sich mit einer Herabsetzung des Lohnmultiplikators von 1,29 auf 1,25 einverstanden erklärt. Die Verwaltung wird sämtliche Leute, denen wegen Absatzmangels in diesem Monat gekündigt wurde, weiter beschäftigen.

Aus den Hamburger Wahlergebnissen.

Wir teilen im folgenden die Ergebnisse der Präsidentenwahl für den Staat Hamburg und für einige Arbeiterbezirke der Stadt Hamburg mit. Unter den fettgedruckten Zahlen für die Präsidentenwahl sind zum Vergleich die entsprechenden Zahlen aus der Reichstagswahl vom September 1930 und aus der Bürgerschaftswahl vom 27. September 1931 angegeben. Als Vergleichszahlen sind dabei für DUESTERBERG die deutschen nationalen, für HITLER die nationalsozialistischen, für THÄLMANN die kommunistischen und für HINDENBURG die Stimmen der SP, der Staatspartei, der DVP, der Mittelstandspartei, des Zentrums der Volksrechtspartei, der Christlich-Sozialen und der Konservativen Volkspartei angegeben.

	DUESTERBERG	HINDENBURG	HITLER	THÄLMANN
Hambg. Staat	37 969	446 091	200 420	123 908
Bürgersch. 1931	43 278	352 772	202 506	168 674
Reichstag 1930	81 376	436 754	144 684	135 279
Neustadt	1 089	18 790	8 618	12 487
Bürgersch. 1931	1 144	13 455	8 039	16 237
Reichstag 1930	1 121	16 928	6 857	13 377
St. Pauli	947	20 170	9 660	12 108
Bürgersch. 1931	1 127	15 679	8 520	15 721
Reichstag 1930	1 119	19 108	7 030	13 269
Eimsbüttel	3 842	47 227	20 465	18 282
Bürgersch. 1931	3 682	38 236	21 352	18 081
Reichstag 1930	2 887	44 854	15 779	15 111
Winterhude	2 467	24 665	10 692	5 023
Bürgersch. 1931	2 655	19 514	10 728	7 324
Reichstag 1930	1 510	22 534	6 905	5 516
Barmbeck	3 540	76 612	26 730	24 988
Bürgersch. 1931	4 240	59 258	24 717	31 453
Reichstag 1930	3 453	68 169	17 074	24 472

Der IGB tagt.

Tagung aller Landeszentralen im April.

h. Bern, 16. März.

Heute hat hier die Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes begonnen.

Der Vorstand beschloß, im April in Gent eine Tagung aller, auch der nichteuropäischen, gewerkschaftlichen Landeszentralen abzuhalten. Das Thema dieser Tagung wird sein: die Aufgaben, die sich aus der Wirtschaftskrise für die Gewerkschaften ergeben.

kurbeln. Andererseits schlägt auch LEDERER den Bau von Wohnungen in seinem Plan vor, aber doch — wie oben zitiert — nur an letzter Stelle. Und das ist nicht nur eine Sache der äußerlichen Reihenfolge, sondern der oberste Gesichtspunkt von LEDERER ist ein anderer als der unsrige. LEDERER orientiert seinen Plan dahingehend, möglichst viele Güter des unmittelbaren Konsums herstellen zu lassen. Er geht aus von der These, daß „Ausdehnung der Produktion die Voraussetzung eines steigenden Absatzes“ ist (Seite 32). Andererseits sind wir der Überzeugung, daß eine Kaufkraft-Verschönerung die Voraussetzung für steigenden Absatz und zunehmende Produktion ist.

Dieser grundsätzliche Unterschied der beiden obersten wirtschaftspolitischen Leitgedanken ist wichtiger, als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Denn die obersten Leitgedanken, die mehr oder weniger ungeprüft in den Köpfen der Menschen wirken, sind es, die nicht nur zu Meinungsverschiedenheiten, sondern auch zu Uneinigkeit führen. Und Einigkeit — auch die Einigung der Arbeiterschaft — ist dann nicht möglich, wenn man nicht auch eine Verständigung über die theoretischen Grundlagen herbeiführt. WOYTINSKY z. B., ein Wirtschaftstheoretiker der Gewerkschaften, orientiert sich bei seinen Vorschlägen daran, daß es seiner Ansicht nach zur Behebung der Krise auf Kaufkraft-Vermehrung ankäme. Diesen Meinungsverschiedenheiten bei der Arbeiterschaft steht auch hier, in der Theorie, die Einigkeit der Kapitalisten gegenüber; sie suchen alles abzustellen auf: Kapitalbildung.

Aber, wie LEDERER sagt, „diese komplizierten Fragen seien hier nicht weiter verfolgt“. Wichtig ist es, mindestens anzudeuten, warum LEDERER darauf ausgeht, ein Vielerlei von Konsumgütern planwirtschaftlich herzustellen, während ich es für ratsam halte, die Tätigkeit des Staates auf zwei Gebiete zu konzentrieren: auf die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlungen und des Wohnungsbaus.

Dazu kommt natürlich, daß LEDERER überhaupt das Ideal der Planwirtschaft hat, während wir die sozialistische Marktwirtschaft für das beste halten. Wir suchen daher, möglichst wenig in den Mechanismus des Marktes von Seiten des — stets bürokratischen — Staates einzugreifen. Und das gilt nicht nur für das Ziel des Sozialismus, sondern auch für die unmittelbare Aufgabe der Überwindung der Krise. Von dieser tagepolitischen, mehr äußerlichen Seite her können wir auch in diesem Artikel abwägen, ob der Plan von LEDERER oder der unsrige vorzuziehen ist.

LEDERER will also die Arbeitslosen in den verschiedensten Betrieben einstellen, um zahlreiche Güter des unmittelbaren Konsums herzustellen. Die Fabrikbesitzer erhalten dafür nur eine Vergütung wegen Abnutzung der Maschinen. Schon dieser Teil des Plans erfordert einen beträchtlichen organisatorischen Apparat. Wie LEDERER selber bemerkt, ist unter anderem eine „lückenlose Aneinanderreihung der einzelnen Wirtschaftszweige“ bei seinem Plan auszukalkulieren. Erst recht ist für die Verteilung der so hergestellten Waren ein Beamten-Apparat nötig; denn diese Waren sollen nicht mit dem im Markt befindlichen Waren konkurrieren, sondern von den Erwerbslosen, die sie hergestellt haben, verbraucht oder gegen andere Waren, die von anderen Erwerbslosen produziert werden, getauscht werden. Dieser besondere „planwirtschaftliche Markt“ soll neben dem Markt der heutigen, kapitalistischen Wirtschaft funktionieren.

Welche Bürokratie in einem solchen Fall eingerichtet wird, wissen wir aus der Zwangswirtschaft während des Krieges; und wie sie funktioniert, wissen wir ebenfalls.

Wenn wir dagegen für — sagen wir — eine Milliarde Mark Wohnhäuser bauen (in Mittel- und Kleinstädten, nicht mehr heutzutage in Großstädten), so kann man dafür etwa 250 000 kleine Wohnungen (zu 2 Zimmern) herstellen und dabei unmittelbar etwa 500 000 Arbeiter auf durchschnittlich etwa 20 Wochen einstellen, mittelbar (durch Ankerbelung der sogenannten vorgelagerten Industrien wie Holzfabrik u. s. w.) beträchtlich mehr Erwerbslose; mehr als bei Reichsbahn-Aufträgen.

Hierfür ist kein weiterer Apparat nötig. Denn die Bauaufträge können von der Regierung über die Städte an die Baugenossenschaften und sonstigen Baufirmen vergeben werden. Allerdings sieht unser Plan vor, daß die Wohnungen an Arbeitslose fürs erste mietfrei abgegeben werden. Der Gedanke der produktiven Erwerbslosenfürsorge, der auch LEDERERS Plan zu Grunde liegt, kommt hier zur Geltung. Also entsteht hier ein „planwirtschaftlicher Markt“ für Wohnungen neben dem freien Wohnungsmarkt. Andererseits: um 250 000 Wohnungen im Jahr auf Arbeitslose zu verteilen, ist kein wesentlicher Verwaltungs-Apparat nötig, wie dies bei dem Markt LEDERERS für die verschiedenen von ihm vorgeschlagenen Waren erforderlich wäre. Die Verteilung der Arbeitslosen auf die neuen, mietfreien Wohnungen könnte durch die bestehenden Arbeitsämter erledigt werden. Nach einem bestimmten Plan könnte man z. B. die Bezugsberechtigten, die Kinder haben, die gesundheitlich besonders gefährdet oder besonders lange arbeitslos sind.

Sicherlich ist es wichtig, auch die Güter des unmittelbaren Konsums, für die Arbeitslosen wie für die gesamte Arbeiterschaft, zu vermehren. Aber das geschieht bei unserem Plan auf zwei Wegen. Erstens umfaßt er die Senkung der Agrarzölle, auf diesem Weg verbilligen wir das Brot und steigern wir die Realkaufkraft der Löhne, sodaß man sich entweder mehr Brot oder mehr an anderen Waren, insbesondere Kleidern kaufen kann. Zweitens ist der Wohnungsbau der Weg zur Senkung der Mieten. Die Ausgaben für Ernährung, Kleidung und Wohnung sind die drei Hauptposten in unserem Haushalt. Wenn die Mieten allmählich gesenkt werden oder gar sofort in Wegfall kommen (wie bei den mietfreien Wohnungen für die Arbeitslosen), und wenn die Agrarzölle gesenkt werden, so wird Kaufkraft frei für die Nachfrage nach Kleidern.

Auf diese Weise beheben wir die Arbeitslosigkeit, wo sie am schlimmsten ist: im Bau- und Baunebengewerbe und den vorgelagerten Industrien.

Was die Landwirtschaft anlangt, so haben wir an anderer Stelle (z. B. im „Funken“ vom 9. Januar) besprochen, daß bei einer geeigneten Senkung der Getreidezölle zwar die Großgrundbesitzer bankerott gehen, die mittleren und kleinen Bauern aber besser fahren werden als heute.

Mit unserem Plan greifen wir also systematischer ein als LEDERER. Und zwar an zwei Stellen: durch Ankerbelung des Wohnungsbaus (unter Zulassung von Bankrotten in der Schwerindustrie) und durch Ankerbelung der landwirtschaftlichen Siedlung (unter Zulassung von Bankrotten der Großgrundbesitzer). Die Kaufkraft für Güter des unmittelbaren Konsums stärken auch wir, teils unmittelbar durch Herabsetzung der Agrarzölle und Einstellung von Arbeitslosen, teils mittelbar und allmählich durch Behebung der Wohnungsnot und dauernde Ansetzung von erwerbslosen Bauernsöhnen und Landarbeitern auf dem Lande.

Die deutsche Antwort auf Tardieus Memorandum.

h Berlin, 16. März.

Die deutsche Regierung hat dem französischen Botschafter die Antwort auf TARDIEUS Donau-Plan-Memorandum überreicht.

Die deutsche Antwort geht davon aus, daß die deutsche Regierung sich mit der französischen in voller Übereinstimmung befindet hinsichtlich der Beurteilung der Dringlichkeit, den notleidenden Donaustaaten wirtschaftlich zu Hilfe zu kommen. Die beste Lösung zur Überwindung ihrer Schwierigkeiten sei die Schaffung eines hinreichend großen Absatzgebietes für die vorwiegend agrarischen Produkte dieser Staaten. Das aber könne nicht durch eine Zusammenfassung der Donaustaaten unter sich erreicht werden, wie der französische Vorschlag es verlange, vielmehr müßten diejenigen Wirtschaftsgebiete Europas mit umfaßt werden, die einen Zuschuß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nötig hätten. Ein auf die Donaustaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Belastung sein.

Ein weiterer Nachteil des französischen Planes liegt nach der deutschen Denkschrift darin, daß dieser Plan frühestens in einem halben Jahr durchgeführt sein könne; die deutsche Regierung erinnert an ihre eigenen Vorschläge, Oesterreich Zollerleichterungen zu gewähren, die sofort durchgeführt werden könnten, ohne daß damit einer späteren Gesamtlösung vorgegriffen würde.

Die deutsche Regierung tritt zum Schluß ein für eine Verständigung aller beteiligten Regierungen. Ebenso wie der italienischen Regierung erscheint es ihr nicht zweckmäßig, den vorgesehenen Meinungsaustausch auf die Vertreter der interessierten Donaustaaten zu beschränken. Da das dringendste Erfordernis darin besteht, den notleidenden Donaustaaten den Absatz ihrer Erzeugnisse auf aufnahmefähigen europäischen Märkten zu erleichtern, könne man sich von Abmachungen der Donaustaaten unter einander einen durchgreifenden Erfolg nicht versprechen. Es liege vielmehr gerade im Interesse der Donaustaaten selber, bei dem Gedankenaustausch von vornherein die Vertreter der Hauptabsatzländer, insbesondere Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands heranzuziehen.

k Paris, 17. März.

PERTINAX erklärt im „Echo de Paris“, daß sich TARDIEU über die deutsche Antwort keineswegs überrascht gezeigt habe. Es frage sich, ob Deutschland stark genug sei, eine solche Opposition aufrecht zu erhalten. Oesterreich und Ungarn ständen vor dem finanziellen Zusammenbruch, und Deutschland werde nicht in der Lage sein, sie zu unterstützen. Die französische Regierung habe ihrerseits deutlich genug zu verstehen gegeben, daß sie nur unter der Bedingung zu finanzieller Hilfe bereit sei, wenn der Staatenbund geschaffen werde. Was den deutsch-rumänischen Vertrag angehe, so werde Bukarest sehr wahrscheinlich ein Mittel finden, sich wieder freizumachen, um so mehr, als es die Inkraftsetzung von der Zustimmung dritter Staaten abhängig gemacht habe.

Italienische Wirtschaftsverträge.

I Rom, 16. März.

Der Ministerrat, der am Mittwoch zu seiner Märztagung zusammentrat, hat das Zusatzabkommen zum deutsch-italienischen Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 3. März 1932 ferner die italienisch-österreichischen Wirtschaftsverträge vom Februar und die italienisch-ungarischen Wirtschaftsverträge vom Februar sowie das Handelsabkommen zwischen Italien und Frankreich vom März gebilligt.

Im Palazzo Chigi wurde am Dienstagabend das neue italienisch-spanische Handelsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen ist auf ein Jahr abgeschlossen, läuft aber weiter, wenn es nicht drei Monate vorher gekündigt wird.

Deutsch-rumänische Wirtschaftsbesprechungen.

t Bukarest, 16. März.

Rumänien legt nach wie vor größten Wert auf die Inkraftsetzung des deutsch-rumänischen Präferenzvertrages. Aus diesem Grunde wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen der rumänische Gesandte in Berlin einen entsprechenden Schritt unternehmen, um die eingefrorenen Verhandlungen erneut in Gang zu bringen.

Wie man einen Kranken von einer Krankheit heilen kann, indem man ihm an bestimmten Stellen eine Injektion gibt, aber nicht alle Teile des Körpers einzeln beeinflusst, so wirken wir von zwei zentralen Stellen auf die ganze Wirtschaft ein und erfassen damit auch die Wirtschaftszweige, bei denen wir nicht wie LEDERER unmittelbar eingreifen.

Vermutlich wird LEDERER all diesem zustimmen. Er wird nur einwenden, daß man zu unserem Plan mehr Geld und vor allem mehr Macht braucht. Aber ich bin in der Tat der Überzeugung, daß wir die heutige Krise nur mittels einer Operation von ähnlichem Kaliber überwinden werden, wie sie zur Behebung der Inflationskrise 1923 nötig war.

Es zeigt sich hier also, daß wir von der Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft aus zu durchgreifenderen Forderungen kommen als der Planwirtschaftler LEDERER. Unsere Eingriffe sind hierbei nur erforderlich, um die verkehrten Eingriffe des kapitalistischen Staates wettzumachen und zu überwinden. Ueberhaupt ist zu LEDERERS Plan zu sagen, daß er im Wesentlichen die Lage der Arbeitslosen und damit die Krise nur mildert, aber nicht zur Beseitigung der Krise und der Arbeitslosigkeit ausreicht. Unser Plan leistet beides.

Uebrigens, wenn auch LEDERER in seinem eigentlichen Programm (Seite 18) gemäß seinem Leitgedanken den Bau von Wohnungen an letzter Stelle nennt und die Herstellung von Gütern des unmittelbaren Konsums bevorzugt, so äußert er doch an anderer Stelle (Seite 10) ganz ähnliche Gedanken, wie sie unserem Vorschlag (November-Heft des „ISK“) zu Grunde liegen. „So könnten grundsätzlich — die Realisierung wäre in der Tat nur von den politischen Machtverhältnissen abhängig — die Wohnbedürfnisse der städtischen Bevölkerung, soweit sie noch unbefriedigt sind, durch öffentliche Bautätigkeit gedeckt werden. . . . Es wäre wieder nur

Der rumänische Handelsattaché meldet aus Berlin, daß die Ausfuhr rumänischen Getreides nach Deutschland um 64 Prozent zurückgegangen sei. Sie habe nur noch einen Wert von 31 Millionen Mark gegenüber 132 Millionen im Vorjahre. Dieser Einnahmeausfall von vier Milliarden Lei entspricht dem sechsten Teil des gesamten Staatshaushalts Rumäniens.

Englische Stimmen zum englisch-deutschen Kohlenstreit.

m London, 16. März.

In einem Leitartikel verteidigt „Manchester Guardian“ den deutschen Standpunkt im deutsch-englischen Kohlenkrieg. Eine Einfuhrkontingentierung könne nicht als Verletzung des Meistbegünstigungssystems und damit des deutsch-englischen Handelsvertrages betrachtet werden. Daher stelle eine Berichtigung der Einfuhrquote für englische Kohle ebenfalls keine Verletzung des Vertrages dar. Vor allem müsse man bei der Betrachtung des deutschen Standpunktes die große Arbeitslosigkeit in der deutschen Kohlenindustrie sowie die Tatsache ins Auge fassen, daß Deutschland seine belgischen und holländischen Kohleneinfuhren infolge der vertraglich festgelegten Einfuhrquoten aus diesen Ländern nicht herabsetzen könne.

Im Unterhaus wurden erneut Fragen zu den deutschen Kohleneinfuhrbestimmungen gestellt. Als der Regierungsvertreter mitteilte, daß zur Zeit nichts Neues gesagt werden könne, und daß die Regierung bereits erklärt habe, sie betrachte die Angelegenheit als ernst, warf der arbeiterteilige Abgeordnete THORNE ein: „Ist sich das ehrenwerte Mitglied noch nicht darüber klar geworden, daß andere Länder nicht bereit sind, die Lehre der Bibel anzunehmen?“

Der Ferne Osten. Reisen in Ostasien.

In Genf hat der Sonderausschuß, der den japanisch-chinesischen Streit behandelt, die Erklärung SATOs angehört von einem vorläufigen Waffenstillstands-Abkommen in Schanghai. An den Verhandlungen zwischen den Japanern und Chinesen nimmt der mandchurische Ausschuß des Völkerbundes teil. Die Abreise nach der Mandchurei — zur Zeit befinden sich die Vertreter in Schanghai, wo sie am 16. März an einem japanischen Festmahl zu ihren Ehren teilnahmen — ist auf den 26. März verschoben worden.

Japanische Industrielle haben die Mandchurei besucht, um die Bedeutung des mandchurischen Marktes für die japanische Industrie zu erforschen. Ihr erster Bericht an die japanische Regierung fordert diese Regierung auf, mindestens zwei bis drei Jahre ständig Truppen in der Mandchurei zu halten.

Der Ministerpräsident INUKAI hat den Posten des Innenministers mitübernommen.

In Genf schreitet die Ablegerkrankheit fort: Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hatte einen Sonderausschuß ausgeschieden, der nunmehr einen noch engeren Ausschuß in die Welt gesetzt hat. Diese beiden jüngsten Ableger haben, wie die Telegraphen-Union meldet, die Aufgabe, im Sinn einer moralischen „Abrüstung“ zu arbeiten. Wir denken, daß eine moralische Aufrüstung nötig wäre, wenn Recht und Moral in Genf und bei den Reisevertretern des Völkerbundes in Ostasien so abgerüstet, daß es an der Zeit wäre, eine Auferstehung des Ansehens der Moral in die Wege zu leiten. Daß hierzu der Weg immer erneuter Ausschussbildungen der richtige sei, bezweifeln wir; es fehlt der Welt nicht an Vorschlägen zu moralischem Handeln, sondern an diesem Handeln selber.

USA und der Haager Schiedsgerichtshof.

f Washington, 16. März.

HOOVER hatte dem auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats eine Vorlage über den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof eingereicht. In der Debatte über diese Vorlage machte der Ausschuß eine Reihe von Vorbehalten geltend, durch die die amerikanischen Verträge mit anderen Staaten geschützt werden sollten. Die Verhandlungen des Ausschusses über diese Forderungen führten schließlich auf Formulierungen zurück, die von den USA bereits im Jahre 1926 vorgebracht worden waren und die damals von den im Haag vertretenen Mächten abgelehnt worden waren.

eine politische Frage, ob man diese Wohnungen vermieten würde, um aus den Erträgen allmählich die notwendig werdenden Häuser bauen zu lassen, oder ob man die Wohnungen nach einem bestimmten Plan den Bedürftigsten ohne Entgelt überlasse.“

Wir hatten das letztere vorgeschlagen; schon, um den Absatz der Wohnungen heutzutage zu ermöglichen. Selbst dann erfordert unser Plan noch nicht die Einführung des Sozialismus; und wir sollten auch nicht denken, daß wir mit unseren Vorschlägen allein, so weittragend sie auch sind, schon den Sozialismus erreichen könnten. In ähnlichem Sinn äußert sich LEDERER: „Daß das Vermieten von Kleinwohnungen nicht die Grundlage von Kapitalrenten bilden würde, könnte den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft ebenso wenig beeinträchtigen wie etwa die Tatsache eines staatlichen Eisenbahnnetzes.“

Für diejenigen Leser, die LEDERERS Broschüre zur Hand nehmen sollten, möchte ich noch hinzufügen, daß auch noch zu anderen Punkten, insbesondere zu LEDERERS Auffassung von Kredit, einiges zu sagen wäre, und daß man also seine Ausführungen — was für die Politik überhaupt gilt — mit einem kritischen Auge lesen sollte.

Leider muß ich noch auf einen Punkt bei LEDERER hinweisen: seine Vorliebe für Fremdwörter. Wenn diejenigen, die wie LEDERER die Theorie der sozialistischen Wirtschaft fördern wollen, sich so einfach wie möglich ausdrücken würden, so würde dies der Arbeiterschaft ermöglichen, den Auseinandersetzungen der Theoretiker leichter zu folgen als bisher. Die Bildung einer öffentlichen Meinung unter der Arbeiterschaft auch in den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik — und später hoffentlich auch der Theorie — wäre ein sehr wichtiger Schritt zur Einigung der verschiedenen Richtungen.

Interparlamentarische Union.

h Berlin, 16. März.

Die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union wählte am Mittwoch den Reichstagsabgeordneten Joos (Ztr.) zum zweiten deutschen Mitglied des Interparlamentarischen Rats. Das andere deutsche Mitglied ist Reichspräsident LÖBE.

Weiter wurde in der Sitzung der deutschen Gruppe der Abrüstungsentwurf des Aktionsausschusses der Interparlamentarischen Union erörtert. Der Entwurf geht inhaltlich weit hinaus über den der vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Er wird auf einer interparlamentarischen Konferenz noch eingehender behandelt werden.

Das englische Kabinett berät den Donauebund-Plan.

m London, 17. März.

Am Mittwoch nachmittag war der Donauebund-Gegenstand der Beratung im englischen Kabinett. Im Anschluß daran veröffentlicht die „Times“ am Mittwoch die folgende Stellungnahme Englands zu diesem Plan: Die englische Regierung begünstigt jeden Plan, der nachweislich die wirtschaftliche Not in Mitteleuropa erleichtert, sofern er keine Härten für andere Länder mit sich bringe oder ihnen unfaire Einschränkungen auferlege. Sie habe selber vor einem Monat in nicht amtlicher Form vorgeschlagen, daß die Vorteile einer Zollvereinigung für die fünf Donaustaaten — Oesterreich, Ungarn, Südslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei — nachgeprüft werden sollten. Da dieser Vorschlag von einigen der Regierungen, die befragt worden waren, als ungeeignet angesehen wurde, so sei die englische Regierung bereit, jeden praktisch durchführbaren Plan zu unterstützen, der anscheinend die besten Aussichten habe, eine baldige Erleichterung zu bringen. Sie unterstützt daher den Plan, diese Fragen in internationalen Beratungen zu klären.

In ähnlich zurückhaltender Weise äußert sich die englische Presse. Die englischen Zeitungen halten fast durchweg den französischen Plan für aussichtslos — vor allem wegen des deutschen Widerstandes — und sehen außerdem in ihm nicht das geeignete Mittel, den Donauländern zu helfen, da er diesen kein hinreichendes Absatzgebiet für ihre Agrarprodukte eröffnet.

Die Abrüstungskonferenz vor grundsätzlichen Fragen.

Zunächst wochenlanges „Osterfrieden“.

1 Genf, 16. März.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat auf Grund eines Antrags des amerikanischen Botschafters GIBSON einstimmig beschlossen, daß nach der Wiederaufnahme der Arbeiten am 11. April in erster Linie die grundsätzlichen Fragen der Abrüstung, somit die Fragen der Gleichberechtigung, der vollständigen Abrüstung, oder lediglich der Herabsetzung der Rüstungen und die französischen Sicherheitsvorschläge behandelt werden sollen, und daß die endgültige Entscheidung über diese Hauptfragen ohne weitere Unterbrechung in fortlaufenden Sitzungen stattfindet. Durch diese Entschliebung ist nunmehr der weitere Gang der Abrüstungskonferenz grundlegend geändert. Die bisherige Methode, die technischen Einzelausschüsse arbeiten zu lassen, ohne daß zu den Grundfragen der Abrüstung Stellung

genommen wurde, ist durch diese Entschliebung vollständig aufgegeben. Die Konferenz wird damit im April in ihre entscheidende Phase eintreten.

Die Unterbrechung der Konferenzarbeiten vom 19. März bis zum 11. April fand allgemeine Zustimmung im Hauptausschuß. Lediglich der sowjetrussische Außenkommissar LITWINOW erklärte, sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten zu müssen, weil die sowjetrussische Abordnung eine sofortige Fortsetzung der Arbeiten ohne jegliche Osterpause wünsche.

Die Untersuchung gegen die Moskauer Attentäter abgeschlossen.

g Kowno, 16. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Untersuchung gegen die Attentäter STERN und WASSILJEW abgeschlossen worden. Die Akten wurden der Obersten Staatsanwaltschaft zugestellt. Die Untersuchung hat nach russischen Behauptungen bewiesen, daß WASSILJEW und STERN Hintermänner gehabt haben, die sich die Aufgabe gestellt hatten, mehrere politische Attentate in der Sowjetunion durchzuführen. Die Anklageschrift wird den Angeklagten Anfang April übermittelt werden.

Vulkanausbrüche in Holländisch-Ostindien.

Ein Dorf zerstört.

s Amsterdam, 16. März.

Wie zu den Vulkanausbrüchen auf der Insel Nila in den Molukken (Holländisch-Ostindien) gemeldet wird, ist das Dorf Rumas Dai durch Erdbeben zum Teil zerstört worden. Die Pflanzungen sind vernichtet; die Bevölkerung hat Mangel an Lebensmitteln. Schiffe mit Lebensmitteln sind unterwegs.

Die Rache der Kirche.

D. F. V. Aus Bad Kreuznach wird gemeldet: Der Gipsmeister BARTH aus Wolfersweiler war im vergangenen Jahr aus der Kirche ausgetreten. Als er jetzt an einem Schlaganfall verschied, verweigerte die Kirchenverwaltung die Erlaubnis zur Beisetzung des Toten auf dem Kirchhof. Die Angehörigen beerdigten die Leiche in ihrer Zwangslage auf einem Acker. Die Behörden haben eine Untersuchung des Falles angeordnet. — Dieser Vorfall zeigt, wie notwendig die Schaffung kommunaler Friedhöfe ist, um diese Racheakte kirchlicher Kreise unmöglich zu machen.

Deutscher Freidenker-Verband e. V. Ortsgruppe Kassel.

Wir weisen alle Freunde der Freidenkersache, wie auch alle Genossen darauf hin, daß am Sonntag, dem 20. März, vormittags 11 Uhr, im Kleinen Stadtparksaal, Eingang Wilhelmstraße, unsere diesjährige Jugendweihe stattfindet.

Wir laden alle Freunde unserer gemeinsamen Sache herzlich ein.

Karten sind bei unseren Funktionären erhältlich.

Deutscher Freidenkerverband e. V. (Sitz Berlin), Ortsgruppe Kassel.

i. A.: Karl Reier, Gartenstraße 27 II.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 18. März, um 20.15 Uhr, im „Hackerhof“, Rosenthaler Str. 40/41. Thema: „Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.“

Berlin: Donnerstag, den 17. März, um 20 Uhr, im Neukölln, Lokal Boß, Allerstraße 40, Ecke Weisestraße. Thema: „Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?“

Bezirk Mitte: Montag, den 21. März, um 20 Uhr, im „Hackerhof“, Rosenthaler Str. 40/41. Thema: „Die politische Lage nach der Präsidentenwahl, und die Aufgaben des Krisenkongresses des ADGB.“

Dortmund-Hörde: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Bollwerkstraße 40. Thema: „Die Aufgaben der Arbeiterschaft nach dem 13. März.“

Erfurt: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volksheim, Johannesstraße (Hintergebäude). Thema: „Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise.“

Hamburg: Sonnabend, den 19. März, um 20.15 Uhr, im Volksheim Barmbeck, Marschnerstraße 36. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Dienstag, den 22. März, um 20.15 Uhr, im Volksheim Eimsbüttel, Eichenstraße 61. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Leipzig: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volksheim, Zeitzer Str. 32. Thema: „Die politische Lage nach dem 13. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“

Mainz: Dienstag, den 22. März, um 20 Uhr, im Gasthaus Hörlein, Ecke Hafen- u. Frauenlobstraße. Thema: „Die Reichspräsidentenwahl und was nun?“

Raschau: (Erzgebirge). Freitag, den 18. März, um 20 Uhr, in der Sporthalle. Thema: „Die politische Lage nach dem 13. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“

Freie Aussprache! Eintritt freil

Burg b. Magdeburg: Donnerstag, 17. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer großen öffentlichen Versammlung in der Zentralhalle, Burg, über das Thema: China und das europäische Proletariat. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Eisenach: Mittwoch, den 23. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN (Schanghai) in einer öffentlichen Versammlung im Saal der „Ctömda“ über „Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats“. Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Hannover: Sonntag, den 20. März, um 11.30 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1, über das Thema: „Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats“. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Karl u. Jenny Marx über die Pariser Kommune.

Zum 18. März 1871.

Was bedeutet dieser Tag?

Nachdem die französische Monarchie unter dem Donner der preußischen Kanonen gestürzt war, hatte die junge Republik sich eine Nationalversammlung mit reaktionärer Mehrheit gewählt und eine ebenfalls reaktionäre Regierung, mit THIERS an der Spitze, gebildet. Während diese Körperschaften in Bordeaux und später in Versailles tagten, lag das revolutionäre Zentrum der Republik in der weitgehend proletarischen Pariser Nationalgarde. Diese Garde war „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ gebildet worden und verfügte über eigene Artillerie. Für die Reaktionäre um THIERS ein Dorn im Auge!

Am 18. März 1871 unternahm es THIERS, sich der 250 Geschütze der Nationalgarde von Paris zu bemächtigen. Das war für die Arbeiter der Anstoß zur Tat: nachdem sie den Angriff der Reaktionäre zurückgeschlagen hatten, erklärte das Zentralkomitee der Nationalgarde Paris zur selbständigen Kommune. Wenige Tage regierte das Zentralkomitee diktatorisch, appellierte aber dann „an das souveräne Volk“ und ließ Wahlen vornehmen. So wurde eine demokratische Koalitionsverwaltung der Kommune gebildet aus Mitgliedern verschiedener Gruppen bis in die Reihen der patriotischen Bürger. Eine solche Regierung war der Aufgabe, gegen einen übermächtigen Gegner eine Revolution durchzuführen, nicht gewachsen.

Nach dieser Vorbemerkung werden die folgenden Äußerungen aus Briefen von KARL und JENNY MARX, die damals in London lebten, im wesentlichen verständlich sein. Wir entnehmen diese Briefe dem neu herausgegebenen Buch von LISSAGARAY: „Der Pariser Kommunio-Aufstand“. (Erschienen bei der Soziologischen Verlagsanstalt, Berlin 1931, 431 Seiten, 2,85 Mark.)

Kühnheit.

Welche Elastizität, welche historische Initiative, welche Aufopferungsfähigkeit in diesen Parisern! Nach sechsmonatiger Aushungerung und Verruinierung durch inneren Verrat noch mehr als durch den auswärtigen Feind erheben sie sich, unter preußischen Bajonetten, als ob nie ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland existiert habe und der Feind nicht noch vor den Toren von Paris stehe! Die Geschichte hat kein ähnliches Beispiel ähnlicher Größe!

... diese jetzige Erhebung von Paris — wenn auch unterliegend, vor den Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden der alten Gesellschaft — ist die glorreichste Tat unserer Partei seit der Junirevolution. Man vergleiche mit diesen Himmelsstürmern von Paris die Himmelsklaven des deutsch-preußischen heiligen römischen Reiches mit seinen posthumen Maskeraden, duftend nach Kaserne, Kirche, Krautjunkerum und vor allem Philistertum.“ (KARL MARX an KUGELMANN, 12. April 1871.)

Die Rolle des Charakters in der Geschichte.

Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andererseits sehr mystischer Natur, wenn „Zufälligkeiten“ keine Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andere Zufälligkeiten wieder kompensiert. Aber Beschleunigung und Verzögerung sind sehr von solchen „Zufälligkeiten“ abhängig, unter denen auch der „Zufall“ des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehen, figuriert. (KARL MARX an KUGELMANN, 17. April 1871.)

„Geschwätz und Grützbrei“. (Lenin).

Die Kommune verschwendet, wie mir scheint, zu viel Zeit mit Kleinigkeiten und persönlichen Streitereien. Offenbar wirken noch andere Einflüsse mit, als die der Arbeiter. All dies würde aber gar nichts ausmachen, wenn es Ihnen gelänge, die verlorene Zeit wieder einzuholen. (KARL MARX an FRANKEL und VARLIN, zwei Arbeiter, Mitglieder der Internationale und der Kommune, 13. Mai 1871.)

Sie können nicht ahnen, wie mein Mann, die Mädchen und wir alle durch die französischen Geschichten gelitten haben. Erst der entsetzliche Krieg und nun noch die viel schrecklichere zweite Belagerung von Paris. Der Tod von FLOURENS, dem Bravsten der Braven, hat uns alle tief ergriffen, und nun der verzweifelte Kampf der Kommune, an dem alle unsere ältesten, besten Freunde teilnahmen. Der Mangel an militärischer Führung, das ganz natürliche Mißtrauen gegen alle, was „Militär“ ist, das zudringliche Einmischen der Journalisten, der Phrasenhelden wie FELIX PYAT, die daraus not-

wendig entstehenden Zwistigkeiten, Unentschiedenheit und widerspruchsvolle Aktion — alle diese Uebel, unvermeidlich in einer so kühnen jugendlichen Bewegung —, wären sicher von dem Kern tüchtiger, aufopferungsfähiger, selbstbewusster Arbeiter überwunden worden, aber jetzt, glaube ich, ist alle Hoffnung verloren, seit BISMARCK sich durch deutsches Geld bezahlt macht, den französischen Ordnungskanallien, von denen jeder einzelne ein infames bürgerliches Verbrechen repräsentiert, nicht allein alle Gefangenen, sondern alle Festungswerke ausliefert. (JENNY MARX an KUGELMANN, 12. April 1871.)

Fehler.

Hätte die Kommune auf meine Warnungen gehört! — ich riet ihren Mitgliedern, die Nordseite der Anhöhen von Montmartre, die preußische Seite zu befestigen, und sie hatten noch Zeit, dies zu tun; ich sagte ihnen im voraus, daß sie sonst in eine Mausefalle geraten würden; ich denunzierte ihnen PYAT, GROUSSET und VESENIER; ich verlangte von ihnen, sofort alle Papiere, die die Mitglieder der Nationalverteidigung kompromittierten, nach London zu schicken, um durch sie die Wildheit der Feinde der Kommune einigermaßen in Schach halten zu können — so wäre der Plan der Versailler zum Teil vereitelt worden. (KARL MARX an BEESLY, 12. Juni 1871.)

Wenn sie unterliegen, so ist nichts daran schuld als ihre „Gutmütigkeit“. Es galt, gleich nach Versailles zu marschieren, nachdem erst VINOY, dann der reaktionäre Teil der Pariser Nationalgarde selber das Feld geräumt hatten. Der richtige Moment wurde versäumt aus Gewissensskrupeln. Man wollte den Bürgerkrieg nicht eröffnen, als ob die boshafte Mißgeburt THIERS den Bürgerkrieg nicht mit seinem Entwaffnungsversuch von Paris bereits eröffnet gehabt hätte! Zweiter Fehler: Das Zentralkomitee gab seine Macht zu früh auf, um der Kommune Platz zu machen. Wieder aus „ehrenthafter“ Skrupulosität! (KARL MARX an KUGELMANN, 12. April 1871.)

Lohnen die Opfer?

... die Alternative, den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu unterliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letzteren Falle wäre ein viel größeres Unglück gewesen als der Untergang einer beliebigen Anzahl von „Führern“. Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staate ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten. Wie die Sache auch unmittelbar verlief, ein neuer Ausgangspunkt der welthistorischen Wichtigkeit ist gewonnen. (KARL MARX an KUGELMANN, 17. April 1871.)

Der Reichswirtschaftsrat will seine Existenzberechtigung erweisen.

Auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten.

Rpt. Berlin, 15. März.

Der Zentralkomitee des Reichswirtschaftsrats hat seine Beratungen über das Problem der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen. Was ist bei diesen Beratungen, die offenbar als Konkurrenzunternehmung der Regierung zum Krisenkongreß der Gewerkschaften gedacht waren, herausgekommen?

Wie berichtet wird, war man sich darüber einig, daß für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm nur *zusätzliche Arbeiten* in Frage kommen. Aus der Fülle der Möglichkeiten hat man herausgesucht:

	Notwendige Geldmittel in Millionen Mark	Erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes
Reichsbahn	100	30 000
Reichspost (für 1932)	50	15 000
Straßennetz	200—710	77 000—300 000
Hochwasserschutz bis	230	105 000
Landwirtschaftl. Meliorationen	200	120 000
Milchwirtschaft (für 1932)	50	10 000
Hausreparaturen	300—500	135 000—225 000

Zu den ersten vier Posten: Daß keine Eisenbahn durch die Wüste Sahara oder eine andere Wüste geplant wird, kommt nur daher, daß Deutschland (leider! sagen viele) keine Kolonien hat. Daß man keine Autostraße zum Monde plant, hat seinen Grund in der Unzulänglichkeit der heutigen Technik.

Nach einem uns vorliegenden Bericht hat der Reichswirtschaftsrat „keinen Zweifel daran, daß die Finanzierung zunächst jedenfalls nur unter Mitwirkung der Reichsbank möglich ist.“ Wie Sachverständige, die Inangbringung der Notenpresse mit „Mitwirkung der Reichsbank“ übersetzen, sich drehen und winden, weil sie nicht sehen oder nicht sehen wollen, wo die Reserven liegen, auf die sie zurückgreifen können, mögen die folgenden Sätze aus dem offiziellen Bericht illustrieren: „Unter voller Würdigung der Bedenken gegen eine solche Finanzierung von Arbeiten, die unter normalen Umständen durch langfristige Anleihen zu ermöglichen wären, ist der Reichswirtschaftsrat der Ansicht, daß die Überwindung dieser Bedenken eine Frage der Größenordnung und der richtigen zeitlichen Verteilung der Arbeiten ist... Für den Umfang, in dem die einzelnen Arbeitsgebiete in Angriff zu nehmen, also auch die notwendigen Kredite flüssig zu machen sind, läßt das Programm der verantwortlichen Reichsregierung weitgehenden Spielraum.“

Natürlich die üblichen Verschleierungsversuche durch Zwischenschaltung neuer „Finanzierungsinstitute“. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat sich der Gedanke, Privatbanken zu einer Vorfinanzierung heranzuziehen, nicht als ausreichend erwiesen. Im Laufe der Untersuchungen des Reichswirtschaftsrats habe sich jedoch die Idee herausgebildet, besondere Finanzierungsinstitute zu errichten. Sie hätten „einmal die Erträglichkeit der Projekte zu prüfen und des anderen die nötigen Geldmittel durch Schaffung diskontfähiger Papiere zu besorgen. Als Käufer solcher Papiere würden natürlich auch die privaten Banken in Frage kommen. Diese können sich bei der Reichsbank jederzeit die für die Barzahlung nötigen Noten beschaffen. Der Bargeldbedarf als solcher würde dann nur einen Bruchteil der auszubehenden Beträge ausmachen.“

Was soll das Gerede von „Vorfinanzierung“? Wer soll „nachfinanzieren“? Einen anderen Ausweg als Geldvermehrung sehen jene „Reichswirtschaftsräte“ nicht oder wollen ihn nicht sehen. Damit die Öffentlichkeit nicht einmal

das sieht, was sie selber sehen: nämlich den inflationistischen Charakter ihres Vorschlags, wollen sie besondere „Finanzierungsinstitute“ und Privatbanken zwischen die Reichsbank und die Hergabe von Geld für Arbeitsbeschaffung einschalten. Aus demselben Grunde trösten sie die Dummen, die nicht alle werden (und wohl auch in ihren eigenen Reihen sitzen), damit, es würden ja nicht im vollen Betrage der Finanzierung *Banknoten* ausgegeben werden. Als wenn man nicht die schönste Inflation ohne Ausgabe von Banknoten, lediglich durch Vermehrung von Krediten, von sogenanntem „Buchgeld“, in Gang setzen könnte!

Dummheit oder Verbrechen? In der Wirkung auf das Proletariat ist beides gleich!

Es ist dringend notwendig, daß auf dem Krisenkongreß der Gewerkschaften eine klare und eindeutige Sprache gesprochen wird! Dieser Kongreß soll deutlich und unmißverständlich aus der Lehre, daß fehlende Massenkauflkraft die Ursache der Krise ist, die Folgerung ziehen: **Die Krise kann nur bekämpft werden durch Hebung der Massenkauflkraft.**

Der Tod im Bergwerk.

f Brüx, 16. März.

Im Kohinor-Schacht der Brucher Kohlenwerke A.-G. in Bruch, einer der größten Gruben des nordostböhmischen Braunkohlenreviers, entstand in der Nacht zum Mittwoch in einem in etwa 350 m Tiefe gelegenen Schacht ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit ausdehnte. Es befanden sich glücklicherweise nur die Grubensicherungsmannschaften im Schacht, da am Dienstag in der Grube nicht gearbeitet wird. Jedoch wurden diese von den sich ausbreitenden Kohlenoxydgasen ohnmächtig. Die ablösende Belagschicht begann sofort mit den Rettungsarbeiten. Bis auf acht Mann konnten die Bergleute gerettet werden. Etwa zwanzig hatten Rauch- und Gasvergiftungen erlitten. Die noch eingeschlossenen acht Bergleute konnten nicht geborgen werden. Nach zwei kleineren Gasexplosionen war von ihnen eine telefonische Meldung angelangt, daß sie versuchen würden, zu einem Wetterschacht zu flüchten. Die Rettungsmannschaften konnten infolge der Hitze nicht bis zu den Eingeschlossenen vordringen. Seit vielen Stunden ist von den Vermißten kein Lebenszeichen mehr zu erlangen. Man gibt daher allmählich die Hoffnung auf, sie noch lebend zu bergen. Die Ursache des Grubenbrandes liegt in der Beschaffenheit der leicht brennbaren Kohle. Selbstentzündung ist in diesen Fällen keine Seltenheit.

c Tokio, 16. März.

Bei einer Gasexplosion in dem Futago-Kohlenbergwerk in der Präfektur von Nagasaki wurden 15 Bergleute getötet und über 30 schwer verwundet.

Landtagswahlen in Bayern auch am 24. April.

w München, 16. März.

Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat beschlossen, daß sich der Landtag mit Wirkung vom 24. April auflöst und daß die Landtagsneuwahlen auf diesen Tag festgesetzt werden sollen.

In der Vollversammlung des Landtages wurde der Ausschlußbeschuß einstimmig angenommen.

Preußischer Landtag. Änderung des Wahlgesetzes.

h Berlin, 16. März.

Im preußischen Landtag hatte die Fraktion der Wirtschaftspartei die Heraufsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre beantragt. Nach den neuesten Meldungen wird jedoch dieser Landtag den Gesetzentwurf voraussichtlich nicht mehr verabschieden, da die Zeit bis zu dem vorgesehenen

Termin für sein Auseinandergehen (Freitag) wahrscheinlich noch mit der Haushaltsberatung ausgefüllt sein wird.

Der Landtag verabschiedete einen Gesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach in Abänderung des preußischen Wahlgesetzes in Zukunft beim Ausscheiden eines Abgeordneten nicht automatisch der Listennachfolger in den Landtag eintreten soll. Die Entscheidung über den Nachfolger wird in die Hand der Parteiorganisationen gelegt.

Deutschnationale Stimmen in Mecklenburg-Strelitz.

e Neustrelitz, 16. März.

Nach dem amtlichen Ergebnis haben die Deutschnationalen zusammen mit dem Bauernverein und der Liste für Handel und Grundbesitz, mit denen sie in Listenverbindung stehen, insgesamt 18 469 Stimmen erhalten. Diese Zahl, nicht die zunächst gemeldete ohne Berücksichtigung der Listenverbindung berechnete von 16 657, ist für die Mandatsverteilung maßgebend.

Der Frick-Ausschuß.

p Weimar, 15. März.

Im Polizeiuntersuchungsausschuß des thüringischen Landtages erklärte Polizeidirektor **ROHDE** im Auftrage des Innenministeriums, daß die Genehmigung zur Zeugenaussage für Ministerialrat **GUYER** und Oberregierungsrat **HAUSEISEN**, die dem Ausschuß als Vertreter der Regierung beiwohnen und in der Einbürgerungsfrage als Zeugen vernommen werden sollten, versagt wurde, da die Ablegung ihres Zeugnisses dem Wohle Thüringens nachteilig sein würde.

FRICK schilderte, wie er zu dem Plane der Anstellung **HITLERS** als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen kam. Auf dem nationalsozialistischen Parteitag in Gera, der damals stattfand, habe er die Einbürgerung öffentlich bekanntgeben wollen, doch habe **HITLER** darum gebeten, davon Abstand zu nehmen, da er die Verleihung der Staatsbürgerrechte nicht für vordringlich gehalten habe. Trotz seiner Bedenken habe **HITLER** jedoch damals die Urkunde entgegengenommen, sich allerdings seine Entscheidung über die *Annahme* sofort vorbehalten. Als kurz danach **HITLER** vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ausgesagt habe, daß er staatenlos sei, habe **FRICK** daraus entnommen, daß **HITLER** seine Entscheidung in der Anstellungsfrage in ablehnendem Sinne getroffen hätte. Der Versuch der Anstellung sei keine unwürdige Schiebung, sondern ein legaler Staatsakt gewesen, der nicht perfekt geworden sei.

HITLER sagte aus: Er habe wohl damals die Anstellungsurkunde zu sich genommen, sei jedoch bei seinem ablehnenden Entschluß geblieben und habe die Urkunde vernichtet. (Wann? Red.). In erregtem Ton und unter Beifall seiner Parteifreunde fügte **HITLER** hinzu, daß die gegenwärtig herrschenden Parteien überhaupt keine Berechtigung zur Einbürgerung hätten.

Es ist kaum erträglich, daß mit **HITLER** überhaupt noch Erörterungen geführt werden, über solche Aussagen wie: legaler Staatsakt, der nur dadurch nicht perfekt wurde, daß **HITLER** die Gelegenheit nicht für gekommen hielt, von dem Dokument in seiner Tasche Gebrauch zu machen.

Die Ursache solcher Korruption greift auch dieser Untersuchungsausschuß nicht an: die restlose Erforschung der Wahrheit „würde dem Wohle Thüringens nachteilig sein“.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14 Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 8. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes
Preis monatl. 20 Pl. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

Liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 57
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Wasmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 18 17

Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 3062

WAHN-EUROPA 1934

Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barossastraße 8. Postfach: Hamburg 53167

biograde und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß gefertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. 4
Stigmuster in reichster Auswahl — bei Vorzug

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Eure Zeitung

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt
bei Einkäufen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Soeben erschien:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinenkassette Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als Jugendweihe-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

- Minna Spacht: Vom Sinn der Jugendweihe • Leonard Nelson:
- Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit • Minna
- Spacht: HERMANN LIETZ Gedächtnisrede • Hellmuth
- Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a

Severings Erklärung.

Haussuchungen in ganz Preußen.
Großmutter gestorben, Max.

Berlin, 17. März.

Der preußische Minister des Innern teilt mit: Die politischen Feststellungen im Gesamtgebiet des Freistaats Preußen haben ergeben, daß am Wahltage die sogenannten SA-Formationen der NSDAP in Alarm-Bereitschaft standen. Die Anordnung dieser Maßnahmen war von der Münchener Befehlsstelle ergangen. Es kann nicht die Aufgabe der preußischen Behörden sein, sich mit dieser Befehlsstelle über die Gründe der „Alarm“-Anordnung auseinanderzusetzen. Denn es kommt weniger darauf an, ob für die Maßnahme „legale“ Motive oder illegale Absichten maßgebend waren, als vielmehr darauf, daß viele Gruppen der NSDAP im Lande bei der Durchführung des „Alarms“ sich schon auf gewalttätige Auseinandersetzungen einrichteten. Es ist auch belanglos, ob die Leitung der NSDAP die Vorbereitungen ihrer Parteibeiräte zum Bürgerkrieg offiziell billigt oder verleugnet. Die vielfachen Feststellungen der Polizei in fast allen Gebieten des preußischen Ostens und Nordens lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß „System“ in den Vorbereitungen lag und mit dem Temperament einzelner örtlicher Führer nicht erklärt werden kann. Sie waren auch nicht erst am Tage der Präsidentenwahl angeordnet, sondern schon längerer Zeit getroffen. Bringt man sie mit den präherlichen Reden der NSDAP-Führer vor der Präsidentenwahl in Verbindung, dann gewinnt man den Eindruck, daß mindestens viele Gruppen und Unterführer der SA ernsthaftes Gewaltmaßnahmen ins Auge gefaßt haben.

Im Kreise Oldenburg in Holstein war den Angehörigen der SA aufgegeben worden, sich am 12. März für längere Zeit mit Proviant zu versehen. Der Grund für diese Anordnung war die Absicht, die SA-Leute auf Kraftwagen nach Berlin zu transportieren. In die gleiche Richtung weisen die Feststellungen Wandsbeck, nach denen in den letzten Tagen vor der Wahl SA-Kommandos bei den Landwirten Quartier gemacht haben für das bevorstehende Zusammenziehen größerer SA-Formationen. Überall sind denn auch am Wahltage im südlichen Holstein Zusammenziehungen der SA in größeren Trupps beobachtet worden. Wie ernst es der SA-Leitung mit ihren Plänen gewesen ist, beweisen die Mitteilungen, die unter anderem im Kreise Süd-Tondern (Schleswig) ein SA-Führer in einer vertraulichen Führerbesprechung gemacht hat. Dieser Führer wies auf die Notwendigkeit schneller Aufstellung von SA-Reserven hin, da ja nun die aktive SA vom Lande fortgezogen werden müßte. Denn die aktive SA müsse den zur Macht gekommenen Hitler in den Großstädten unterstützen, da dort die Polizeikräfte nicht ausreichen. Die aktive SA würde für diese Tätigkeit Gewehre aus den Beständen der Polizei erhalten!

Gleichzeitig mit dieser planmäßigen Zusammenziehung der SA geht die verstärkte unterirdische Arbeit in der staatlichen Polizei, um diese in ihrer verfassungstreuen Haltung wankend zu machen. In Flugblättern, die illegal verteilt wurden, forderte die NSDAP die Polizeibeamten auf, weder Gummiknüppel noch Schußwaffen gegen Nationalsozialisten oder SA-Leute anzuwenden. Die wenige Tage vor dem Wahltage in Berlin erfolgte Verhaftung des Schutzpolizeuleutnants LANGE und des Polizeiwachmeisters SCHULZ-BRIELEN hat den Nachweis dafür erbracht, daß auch die Nationalsozialisten versuchen, Polizeibeamte zum Verrat von Dienstgeheimnissen zu verleiten.

Nach eigenem Eingeständnis der Verhafteten haben sie auf Veranlassung von Nationalsozialisten Pläne der polizeilichen Waffen- und Munitionslager an maßgebende Stellen der NSDAP weitergeleitet.

In krassem Widerspruch zu der vom Führer der NSDAP sogar beschworenen Verleugnung aller Gewaltpläne stehen auch die gerade in den letzten Tagen bei Angehörigen der SA gemachten Waffenfunde. Am 12. März 1933 ist ein nationalsozialistischer Waffentransport im Kreise Einbeck (Hannover) von der Polizei gestellt worden. Mitgeführt wurden Infanteriewehrgewehre, Gewehrmunition und achtzehn neue, vollständig gepackte Tournister, die namentlich ausgezeichnet waren und in denen sich Stahlhelme, Gewehr- und Pistolenmunition, Blechschachteln mit Sprengstoff, Sprengkapseln und Zündschnüre befanden. Die Waffen waren für SA- und SS-Leute bestimmt. Im Kreise Einbeck sind dann bei dem Führer der SS noch mehr Waffen und Munition gefunden, darunter Infanteriewehrgewehre, Stahlhelme, Gewehr- und Maschinengewehrmunition.

Auch im Kreise Salzwedel (Altmark) sind bei dem Ortsgruppenführer der NSDAP Karabiner, Gewehrmunition und ein schweres MG beschlagnahmt worden. In der Nacht vom 13. zum 14. März sind im Kreise Pinneberg (Holstein) verschiedene Trupps von SA-Leuten festgestellt, denen die Polizei mehrere hundert Schuß Munition und Blinkgeräte abnahm.

Auf die Bewaffnung der Nationalsozialisten weist auch die Tatsache hin, daß in einer großen Anzahl von Fällen bei in der Wahlpropaganda tätigen Nationalsozialisten der Besitz von Schußwaffen festgestellt wurde. Die in den letzten Tagen der Wahlarbeit von Nationalsozialisten begangenen schweren Ausschreitungen in Breslau, Wolmirstedt, Hückeswagen, Münster, Winsen, Elbing und Insterburg beweisen ebenfalls die unerlaubte Bewaffnung von weiten Kreisen der Nationalsozialistischen Partei.

Diese Feststellungen erfahren noch eine besondere Beleuchtung durch Aufzeichnungen, die vor einigen Tagen bei Durchsuchungen in Berlin gefunden sind. Nach diesen Plänen wurde eine Einschließung Berlins durch vorher herausgezogene Berliner SA-Einheiten mit Unterstützung der im weiteren Umkreise von Berlin in der Provinz zusammengezogenen SA-Formationen vorbereitet und sorgsam betrieben. Auf die gleiche Absicht deutet auch ein Alarmbefehl der Standarte 149 der SA im Gausturm Ostmark (Schneidemühl) hin, der vor einigen Tagen der Polizei in die Hände fiel. Dieser Alarmbefehl ist sehr umfangreich und enthält genaue Anweisungen für den Alarmfall bei innerpolitischen Auseinandersetzungen. Es sind genau ausgearbeitete Mobilisierungspläne, wie sie ähnlich auch für andere SA-Gruppierungen vorliegen. Strenge Anweisungen, den Befehl nach Kenntnisnahme zu vernichten, sind beigefügt. Der Alarmbefehl enthält dann ausführliche und genaue Anweisungen für die Organisation des Transportes, der Verpflegung und Bewaffnung der SA. Es wird mit einem wochenlangen Zusammenziehen der SA dabei gerechnet. Detailliert sind die Sammelpunkte für die einzelnen SA-Formationen angegeben, Anweisungen über Anmarschstraßen sind angefügt. Zum Transport sind Autos und Lastkraftwagen der P.G.s. zu benutzen, wo diese nicht ausreichen, sind Lastfahrzeuge zu mieten oder zu requirieren. Viehbestände, Kartoffeln und Erbsen sind durch SA-Kommandos sicherzustellen. Bäckereien sind zur Brotherstellung zu besetzen.

Die Waffen der Landesverteidigung sind von dem Sturmführer zu beschlagnahmen und beim Transport zum Alarmsammelplatz mitzuführen, wo die Verteilung der Waffen an die SA-Leute erfolgt.

In den Unterkunftsarten, die für die einzelnen Sturmbans genau festgelegt und verteilt werden, sollen die Gemeindevorsteher und Landjäger durch Sonderkommandos festgesetzt, die Fernsprechanlagen und Telefone besetzt und sämtliche An- und Abfahrtswege durch Wachen gesichert werden. Selbstverständlich wird auch hier wieder das Vorgehen mit einem gewaltsamen Umsturz durch Kommunisten und Reichsbanner getarnt. Trotzdem wird zugegeben, daß die SA nicht dazu da ist, die bestehende Ordnung zu schützen. Im Gegenteil, es heißt wörtlich:

„... Je mehr die politischen Gegner sich gegenseitig verbluten, desto besser für uns. Jede Schwächung der Gegner — also auch in diesem Falle der Sojupo — ist eine Stärkung der NSDAP...“ Genau wird in diesen Mobilisierungsanweisungen dargelegt, wie die Vereinigung mit den benachbarten SA-Formationen von Pommern und der Neumark zu geschehen hat, wie der Weitertransport in Richtung nach Berlin erfolgen muß. Auch in der Hedemannstraße, im Gaubüro der NSDAP Berlin, sind Alarmbefehle gefunden worden, die, wie sich aus dem Text einwandfrei ergibt, für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vorgesehen waren und auf eine Zernierung von Groß-Berlin abzielten. Auch hier wieder genau gegliederte Anordnungen für den Alarmzustand, über die Marschbereitschaft, über die Ausweichquartiere für die Führer. Es fehlen auch nicht genaue Anweisungen über die Mitnahme der Kassen, Beseitigung der Akten, die Besetzung der Fernsprechstellen, Zusammenstellung von Transportkommandos, Einrichtung von Sanitätsscharen u. s. w.

Aus all diesen Anordnungen, Befehlen und genau ausgearbeiteten Plänen wird man folgern müssen, daß eine große Anzahl der in den SA und SS organisierten Mitgliedern von dem Ernst der Absicht der Leitung überzeugt sein mußten, in der Zeit der Präsidentenwahl auch mit Gewaltmitteln vorzugehen. Und daß die Reichsleitung selber einiges tat, um bei ihren Unterorganisationen diese Annahme hervorzuheben, geht außer den dunklen Redewendungen einiger Führer auch aus verschiedenen zentralen Rundschreiben und Anweisungen hervor. So fordert ein Rundschreiben der NSDAP genaue Angaben über die Verurteilung von Nationalsozialisten durch Gerichte, Mitteilungen über den Zeitpunkt des Urteils, über die Zusammensetzung des Gerichts und die Höhe der erteilten Strafe. Zweifelsohne nicht zu dem Zweck einer Statistik über die Kriminalität der Nationalsozialisten und deren Ahndung durch die ordentlichen Gerichte, sondern vielmehr mit der Absicht der Vorbereitung einer Amnestie für den Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten!

Und ein Rundschreiben vom Februar d. J. des Inspektors der Motorstürme und -staffeln der NSDAP aus München gibt die Richtlinien und eine genau ausgearbeitete Karte für Reichsrelais, das durch Kraftwagen und Motorräder von

Nord- und Mittelddeutschland bis nach München zu organisieren ist. Dieses Reichsrelais und die dafür ausgegebenen Richtlinien treten in Kraft, wenn das ausgegebene Stichwort mitgeteilt wird. Das letzte Stichwort hieß: „Großmutter gestorben, Max.“

Auf dieses Stichwort hin sollten alle die erlassenen Kriegs- und Alarmvorschriften in Kraft treten!

Alle diese Vorbereitungen haben mit Politik, mit staatspolitischer Erziehung oder weltanschaulicher Beeinflussung der NSDAP-Anhänger nicht das geringste mehr zu tun. Das sind schlechthin Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg, die von dem Vorwand, nur für Unruhen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedeckt werden. Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die preußische Staatsregierung nicht länger zusehen wird. Eidlische Versicherungen auf die Legalität der nationalsozialistischen Organisationen können die preußischen Verwaltungsbehörden nur dann respektieren, wenn die Praxis der NSDAP mit den Eiden der Führer im Einklang steht. Die preußische Regierung ist jedenfalls nicht gesonnen, sehenden Auges eine Armee auszurüsten zu lassen, die nicht nur auf eine Herabminderung der Staatsautorität herausläuft, sondern auch ein ständiges Element der Beunruhigung sein muß.

Nazis als Streikbrecher.

In der „Holzarbeiterzeitung“ (Nr. 11) lesen wir:

„Im Hamburger Sägewerbe wurde vom 21. November bis 8. Dezember 1931 ein Streik zur Abwehr eines starken Lohnabzuges durchgeführt. Der Kampf wurde durch eine auf Anregung des Schlichters getroffene Vereinbarung beigelegt. Auf diesen Streik selbst soll hier nicht eingegangen werden, nur der Bericht, den der Verband der Säge- und Hobelwerke von Hamburg-Altona in den „Mitteilungen der Arbeitgeberverbände“ über ihn veröffentlicht, dürfte bei unseren Kollegen einiges Interesse erregen. In dem Bericht heißt es nach der Mitteilung, daß der Holzarbeiter-Verband zu Verhandlungen aufgefordert habe:

„Die Arbeitgeberseite ließ dieses Schreiben unbeantwortet und setzte sich sofort mit der Gewerkschaft Deutsche Hilfe in Hamburg, Geschäftsstelle Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Straße 54, in Verbindung und schloß mit dieser einen Lohn-tarif.“

Nach der Wiedergabe des Inhalts dieses sogenannten Lohn-tarifs fährt der Bericht fort:

„Weiter vereinbarten die Parteien folgende Abdingbarkeitsklausel: „Die vertragschließenden Organisationen erklären sich bereit, auch während der Laufdauer dieses Abkommens Änderungen an der vorstehenden Vereinbarung auf Antrag einer Partei zu treffen, falls die wirtschaftlichen Verhältnisse solche Änderungen geboten erscheinen lassen.“ Die Gewerkschaft Deutsche Hilfe besetzte sodann die Betriebe mit etwa 70 Leuten (Männern und Frauen), mit deren Hilfe die Betriebe wieder in Gang gesetzt werden konnten.“

Tatsächlich sind Streikbrecher erschienen, von denen ein Teil mit Hakenkreuzen geschmückt war. Nun mag die „Deutsche Hilfe“ nicht unmittelbar ein Teil der Nazibewegung sein, aber die engen Beziehungen können nicht bestritten werden. Berichtete doch das Hamburger Naziorgan, daß die Streikbrecher im Nazi-Gaubausschuss Unterschlupf fanden, und in dem erwähnten Bericht des Arbeitgeberverbandes heißt es:

„Im weiteren Verlauf des Kampfes setzten die Nationalsozialisten ihre SA zum Schutze der Arbeitswilligen ein.“

Gegen die Unorganisierten.

In Sunderland in England sind am Sonnabend 5000 Bergarbeiter in den Streik getreten, weil sie sich weigern, mit 80 Arbeitern, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, zusammen zu arbeiten.

Die Gänse.

„Es lebe der Krieg!“, so schrie man auf den Boulevards in Paris im Juli 1870. Unterdessen erblickte ich in einem Schaufenster ein Spottgemälde, auf welchem eine Schar von Gänsen einem mit dem spitzen Schlachtmesser bewaffneten Koch lustig entgegenliefen. Unter dem Bild stand die spöttische Erläuterung: „Es lebe die Gänseleberpaste.“ George Clemenceau.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(65. Fortsetzung.)

Brandt verschränkt die Arme vor der Brust. „In dieser Stunde nehmen die Massen nur von mir Befehle an. Es wird also dem Präsidenten der Republik nichts übrigbleiben, als die Bildung des neuen Kabinetts mir zu übertragen.“

Humette stößt ein ironisches Gelächter aus. Der Ministerpräsident kräuselt in Unnahbarkeit seine dünnen Lippen. „Ist das Kühnheit oder Naivität? Ihnen die Macht des Staates ausliefern! Während Sie im Begriff stehen, die gefährvolle außenpolitische Lage durch dunkelste Machenschaften auszuschlachten, das Land zu ruinieren...“

Brandt streckt die Faust in die Luft. „Jawohl, weil Sie Hochverrat begehen! Mit einer Leichtfertigkeit ohnegleichen hat die Regierung den Abgrund aufgerissen! Sie vergewaltigen den Willen des Volkes! Nur brutale Rücksichtslosigkeit kann den irren Kugellauf aufhalten. Ich bin zu solcher Rücksichtslosigkeit entschlossen, so grausam auch die Aufgabe ist, die mein Gewissen und meine Liebe zu Frankreich auferlegen. Verlieren Sie keine Zeit, Baron. In fünfzehn Minuten wird die wahre Stimme Frankreichs durch das Land gellen. Wenn Sie klug sind, können Sie alles noch retten. Sie haben schon in dieser Minute keine Chancen mehr. Ist es denn für Sie eine so verlockende Aussicht, am eigenen Leib die Erbitterung eines zur Raserei getriebenen Volkes zu spüren?“

„Unsre Gewehre sind geladen!“ schreit Humette. In das Gesicht des Ministerpräsidenten ist ein unentschlossener Zug getreten. Er steht mit erschreckender Deutlichkeit die Gefahr, die sich auftrübt. Zum Einverständnis mit dem Mann kommen! — redet die innere Stimme. Er sagt plötzlich in versöhnlichem Tone: „Ich habe für Frankreich keine anderen Wünsche.“

Sie, Herr Brandt. Die Erregung der Massen ist begreiflich. Aber die Sorge, in kriegerische Abenteuer verstrickt zu werden, ist bereits geringer geworden...“

„Beweise, bitte“, unterbricht ihn Brandt.

Saint Brice trommelt auf die Stuhllehne. „Durch Ihren Generalstreik, der schon verzweifelt an Rebellion grenzt, schlagen Sie mir allerdings meine wirksamsten Waffen aus der Hand! Ich kann Ihnen nicht die Regierung überlassen. Das bedeutet Preisgabe unsrer Machtposition in den Augen der ganzen Welt! Jeder kennt Ihre Gesinnung, Herr Brandt, Ihren unverbrüchlichen Willen zum Frieden. Ihnen gegenüber würde Herr Capponi unersättlich sein. Beenden Sie schleunigst den unwürdigen Streik. Ich verspreche Ihnen dagegen, von der Vollmacht, die mir die Kammer gegeben hat, nur Gebrauch zu machen, wenn Capponi Krieg oder Mobilmachung erklärt. Ich gehe also weit, sehr weit in meiner Bereitschaft, mich mit Ihnen zu verständigen.“

„Unmöglich, unmöglich!“ ruft Brandt aus. „Ich habe es gar nicht mehr in der Hand, so oder anders zu handeln. Die Massen sehen in Ihnen den Alleinschuldigen der zerrütteten Situation. Man erträgt Sie nicht länger. Wenn Sie bleiben, könnte ich mir die Seele aus dem Leib reden, ich würde die aufgewühlten Massen nicht beruhigen. Man würde mir nur Verrat vorwerfen. Und dann setzt der Orkan ein! Ich beschwöre Sie, bringen Sie das Opfer, das in Wirklichkeit nur Pflicht ist. Noch kurze zehn Minuten! Wenn ich nicht sofort durch Funkpruch den Streikbeschluss in ganz Frankreich annulliere, stehe ich für nichts ein. Entschließen Sie sich! Ich flehe Sie an! Denken Sie an unsre gemeinsame Not, an unser stolzes Volk! Rasch, ehe es zu spät ist...“

In der Tür erscheint mit fahlem Gesicht der Ministerdirektor Rougemont. „Die Arbeiter marschieren über den Pont Alexandre herüber...!“

„Abgekartete Sache!“ brüllt der Kriegsminister und eilt auf den Gang hinaus.

Saint Brice hat veränderte Gesichtszüge. Feindselig blickt er plötzlich seine Pupillen durch die engen Augenlider. „Das sieht nach Erpressung aus!“ stößt er hervor.

„Ich bewillige Ihnen eine loyale Unterredung, und Sie lassen, um Ihrem Willen Nachdruck zu geben, Arbeiterbataillone hinter sich hermarschieren!“

„Ich bin Manns genug, eine Regierung allein zu beordern, die sich längst selbst umgebracht hat!“ Brandt läuft ans Fenster. Dumpfes Brausen schlägt ihm von draußen entgegen. Vom Kai hallen Kommandos herauf.

Saint Brice steht schwankend an einem Nebenfenster. Er sieht, wie Truppen und Demonstranten eine einzige wogende Flut bilden.

„Ich hab' mit dem Aufmarsch da unten nichts zu tun!“ Brandt legt seine Hand hart und schwer auf die Schulter des Alten. „Die Rebellion liegt in der Luft! Sie haben sie angezettelt! Vergeuden Sie nicht kostbare Zeit!“

„Ich lasse mich nicht erpressen! Weder durch Straßenpöbel noch durch Ihre Suggestionen!“ Saint-Brice schlägt Brandts Arm zur Seite. Seine Augäpfel sind mit roten Adern durchzogen. Tritt da endlich der tückische Feind aus seinem Halbdunkel heraus? Diktatur des Proletariats! Einen Erdteil hetzt der Mann auf Frankreich! „Der Staat ist stark genug, jedem Umsturzgelüst das Handwerk zu legen!“

Brandt bricht in hartes Gelächter aus. „Es ist ja nicht wahr, daß Ihr Staat stark ist! Das Volk ist stark! Und das Volk bekämpft die augenblicklichen Staatsrepräsentanten!“ Brandts Stimme schlägt unvermutet in gequälten Ernst um. „Fühlen Sie nicht den heißen Atem eines Riesenmenschen, der gegen Sie aufmarschiert? Der millionenfältige Leib hämmert und pulst, von Sekunde zu Sekunde wächst seine Spannung. Das ist kein Pöbel mehr, der nach Brot und höherem Lohn schreit! Das ist Arbeiterwille und Bürgerwille, der seine hohlen Götzen zertrümmert, ehe das Blutmeer das Land überschwemmt! Hier wehren sich Seelen, die jahrhundertlang in den Dreck getreten wurden! Das ist Millionenwille, der zum Granitberg anschwilt! Ich selbst weiß nicht, wie lange ich diesen mobilisierten Menschengiganten noch bändigen kann. Wenn ihn einer ohne ungeheures Blutbad demobilisieren kann, dann nur ich! Ich allein! An mich glauben die Massen, gleichgültig, ob mit Recht oder Unrecht!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Staat und die Schifffahrt.

Subventionen an die Schifffahrt sind nicht nur in Deutschland üblich, sondern werden auch in anderen Ländern, in manchen sogar in weit stärkerem Maße, gewährt. Fast in keinem Lande hat sich die Schifffahrt frei von Staatsingriffen entwickelt. Der Grund für das Interesse des Staates gerade an diesem Zweige der Wirtschaft liegt offen zu Tage: Jedes Land, das nur irgend die Möglichkeit dazu hat, will eine Seemacht darstellen, und dies nicht nur zu Zwecken des Friedens. Es ist wohl bekannt, daß vor dem Kriege viele Schiffe so gebaut waren, daß sie innerhalb kürzester Zeit in Kriegsschiffe umgewandelt werden konnten; wie weit das auch heute noch zutrifft, ist schwer zu sagen. Nützlich für den Kriegsfall kann aber auch jedes einfache Handelsschiff sein. In dieser Hinsicht sind also die Subventionen an Schifffahrtsunternehmen, ebenso wie die an Großgrundeigentümer und Schwerindustrielle, als ein Mittel der Kriegsrüstung von Sozialisten von vornherein abzulehnen. Dazu kommt, daß fast in allen Ländern die Schifffahrt durch Staatseingriffe handelspolitischer Natur unmittelbar geschädigt wird, und sich die Staaten deshalb verpflichtet fühlen, dies durch künstliche Unterstützung der Schifffahrt wieder gutzumachen.

Kriegs- und Handelspolitik.

Der Weltkrieg, durch den die übergroße Ausdehnung der internationalen Seeflotte letzten Endes hervorgerufen wurde, stellt einen Staatsingriff dar, der zur Folge hatte, daß die anderen Länder ihre Flotte ausbauen und nachher noch deutsche Schiffe erhielten, während die deutsche Schifffahrt einen schweren Schlag erlitt. Die deutsche Reichsregierung versuchte nach dem Kriege, hier einen Ausgleich zu schaffen, zwar nicht einen Ausgleich im Verhältnis zu dem Bedarf an Schiffsraum, sondern im Verhältnis zu den Handelsflotten der anderen Mächte. Der Bau von Schiffen wurde also gefördert, wie in Deutschland, so auch in anderen Ländern.

Gleichzeitig wurden von denselben Staaten Maßnahmen ergriffen, die die Verwendung von Schiffen stark behinderten: die Einwanderung wurde nach und nach in den meisten Ländern gesperrt; die Zollmauern wurden immer höher; immer mehr Mittel wurden erfunden, die den internationalen Handel — von dem die Schifffahrt ja lebt — hindern. Und der Erfolg blieb nicht aus: einerseits reizte die großzügige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht zu besonders wirtschaftlicher Verwendung dieser Mittel an, andererseits schrumpfte der Handel immer mehr zusammen. Die Schifffahrtsgesellschaften vieler Länder näherten sich infolgedessen immer mehr dem Bankrott. Eine Methode, diesen Bankrott zu verschieben oder ihn vielleicht sogar ganz zu vermeiden, ist die jetzt stets geübte: *weiter subventionieren.*

Niederreißung der Zollmauern.

Eine Methode, die Schifffahrt zu sanieren, die allerdings Preisgabe der monopolistischen Wirtschaftspolitik bedeuten würde, wäre die *Niederreißung der Hindernisse*, die der Schifffahrt in den Weg gestellt worden sind. Bei Benutzung dieser Methode würden sich weitere Subventionen erübrigen, denn ein *gesunder internationaler Handel würde stärkeren Schiffsverkehr zur Folge haben.* Um dies zu erreichen, genügt es allerdings nicht, daß ein Land seine Handelspolitik ändert; aber irgend wo muß der *Anfang* gemacht werden. Und der wird nicht, wie das in England gelegentlich behauptet wird, dadurch gemacht, daß man Zölle neu einführt oder erhöht. Was die Schifffahrt von Zöllen hat, geht aus folgender Äußerung der „Hansa“, einer deutschen Schifffahrtszeitschrift, hervor:

„Machen sich die verheerenden Auswirkungen des erhöhten Butterzolls auf die Ostseefrachtfahrt durch Vermehrung außer Fahrt gesetzter Schiffe geltend, so hat dieser (nebenbei nicht einmal wirksame!) Zoll auch der überseeischen deutschen Passagierfahrt insofern Einbußen gebracht, als z. B. die Finnen, verstimmt durch die Butterzollerhöhung, auf ausländischen Schiffen zur Olympiade über den Atlantik fahren, obwohl sie beim Norddeutschen Lloyd vorgebuht hatten!“

Die entgegengesetzte Wirkung würde hervorgerufen werden, wenn Deutschland die Getreidezölle abbauen würde. Mit Ländern, die Getreide ausführen, könnten günstige Handelsverträge abgeschlossen werden, die auch die Ausfuhr Deutschlands heben würden. Die Stärkung der Kaufkraft der Massen in Deutschland durch die Verbilligung des Brotes würde eine weitere Vergrößerung des Handels zur Folge haben. Wenn auf diese Weise ermöglicht wird, daß die Schiffe Hin- und Rückfracht fahren, würden die Frachten billiger, und die Fahrten der Schiffe rentabler werden.

Vielleicht wird sich freilich auch dann der häufige Verkehr mit einigen Teilen der Welt nicht lohnen. Es ist aber nicht Sache des Staates, diesen Verkehr künstlich aufrecht zu erhalten, soweit keine anderen als wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Wenn diejenigen, die eine Schifflinie benutzen, nicht so viel zahlen wollen, wie deren Aufrechterhaltung kostet, so müssen sie eben mit einer weniger häufig befahrenen Linie vorlieb nehmen. Außerdem würde sich wahrscheinlich mit den meisten Teilen der Welt ein häufiger Schiffsverkehr rentieren, wenn nicht jedes Land Wert darauf legt, seine eigene Flagge in jedem Teil der Welt segeln zu lassen, sondern einige Linien anderen Ländern überläßt. Eine solche Arbeitsteilung hätte sich in der internationalen Schifffahrt längst in viel größerem Maße herausgebildet, als es jetzt der Fall ist, wenn die Regierungen diese Entwicklung nicht meist durch künstliche Eingriffe verhindert hätten.

Sind Subventionen berechtigt?

Die deutschen Schifffahrtsgesellschaften fordern Staatshilfe mit der Begründung, ohne staatliche Unterstützung müßten sie einen Teil ihrer Flotte an das Ausland verkaufen. Dann würde die Schifffahrt weniger Devisen nach Deutschland hereinbringen. Auch diese Begründung rechtfertigt keineswegs die Zahlung von Subventionen. Warum sollte nicht das Ausland einen Teil der deutschen Schiffe kaufen, wenn es das tun will? Das wäre doch weit besser, als daß die Reichsregierung, die sowieso in finanziellen Schwierigkeiten ist, Millionen über Millionen für die Schifffahrt hinauswirft. Für die 4 Millionen, die etwa für Abwrackprämien bereitgestellt werden sollen, könnten 1000 Wohnungen gebaut

werden; die tun Deutschland weit mehr not als die Handelsschiffe! Gegenüber dieser Ersparnis wäre auch der laufende Devisenentgang zu verschmerzen.

Luxusschiffe.

Es wird behauptet, der Bau der großen Luxusschiffe, z. B. der „Bremen“, sei gar nicht so überflüssig, wie es bei einfachem Vergleich des verlangten mit dem vorhandenen Schiffsraum erscheine; denn die großen Luxusschiffe dienen der Anziehung von Unternehmern als Passagieren, mit denen man dann Abschlüsse macht für Warentransporte auf den Frachtdampfern derselben Linie. Diese Art der Reklame spielt gewiß in der Schifffahrt eine sehr große Rolle, rechtfertigt aber nicht, daß der Staat sie bezahlt. Wenn nämlich kein Staat mehr Geld für den Bau von Luxusschiffen hergibt, müssen die Gesellschaften auf diese Reklame verzichten, wenn ihre Gewinne nicht groß genug sind, um sie selber zu bezahlen. Eine Berechtigung für Finanzierung des „Wettlaufs um das Blaue Band“ durch den Staat können wir aus der angeführten Begründung jedenfalls nicht ableiten.

Die Abwrackprämie.

Auch im Fall der Abwrackprämien wird die Berechtigung von Subventionen behauptet; es handelt sich um staatliche Zuschüsse für das Abwracken von Schiffen.

Aus zwei Gründen ist es von Vorteil, wenn Schiffe abgewrackt werden:

Erstens wird dadurch der überflüssige Schiffsraum vermindert, dadurch steigen die Frachten, und die Schifffahrt rentiert besser.

Zweitens ist der Schrott wichtig zur Herstellung von Platten für den Neubau von guten Schiffen. Wenn z. B. in Deutschland viele Schiffe abgewrackt werden, kann Schrott auch ausgeführt werden, oder Aufträge für den Bau von Schiffen werden an deutsche Werften vergeben.

Die Schifffahrtsgesellschaften sind beim Abwracken dadurch behindert, daß sie die meisten Schiffe als Pfand für Anleihen gegeben haben; sie müssen sie bei Veräußerung des Schiffes zurückzahlen, wenn sie nicht die Möglichkeit haben, sie auf andere Werte umzuschreiben. Die Abwrackprämie der Regierung ist eine Hilfe zur Beschaffung der dazu nötigen Kapitalien.

Auch gegen diese Art der Subvention ist zu sagen, daß sie im Falle einer wirtschaftlich gestalteten Schifffahrt nicht notwendig wäre. Dann würden veraltete Schiffe verschrotet und dafür moderne Schiffe gebaut werden, ohne daß dazu das Eingreifen des Staates erforderlich wäre.

Heute bedeutet es sogar eine Gefahr, wenn vom Reich für das Abwracken von Schiffen eine Prämie gezahlt wird: die Gesellschaften, die am meisten verschuldet sind, können auch mit Hilfe des Reichs die Schiffe nicht abwracken; denn es ist ihnen nicht möglich, das für die Abzahlung ihrer Schulden erforderliche Kapital aufzubringen oder die Schulden umzuschreiben. Die Mittel, die der Staat für das Abwracken zur Verfügung stellen will, reichen auch gar nicht hin, um die *gesamte* Schifffahrt wesentlich zu entlasten: 100 000 Tonnen könnten damit abgewrackt werden, während 1 Million Tonnen heute aufliegen.

Lediglich diejenigen Gesellschaften, denen es nicht so schlecht geht, könnten hier saniert werden; gerade diese könnten das aber vielleicht ohne Staatshilfe fertig bringen. Die anderen aber, denen eine Sanierung wirklich not tut, werden bei Fortsetzung der Subventionspolitik weiter alle Schiffe durch die Bilanzen schleppen und verzinsen.

Wir sehen an diesen Beispielen, daß für Subventionen an die Schifffahrt keinerlei Berechtigung besteht, daß sie vielmehr nur nationalen und kapitalistischen Interessen dienen. Staaten, in denen es Millionen von Erwerbslosen gibt, haben keine Ursache, das Geld der Steuerzahler für dergleichen Zwecke auszugeben, besonders da diese Subventionen keineswegs zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen, sondern nur tiefer in sie hineinsteuern.

Hilde Meisel.

Generalversammlung der Reichsbank.

12 Prozent Dividende. — Keine Währungsexperimente?

Der umfangreiche Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1931 versucht, durch Schilderung der Wirtschaft während des Krisenjahres 1931 das Verhalten der Reichsbank in diesem Jahre zu rechtfertigen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist bekanntlich die Durchführung der Bankensanierung mit Hilfe der Gewinne der Reichsbank. Ihre Mitwirkung bei der Bankensanierung begründet die Reichsbank insbesondere damit, daß sie dadurch den Stand ihrer besten Kunden verbessere; ohne die Mitwirkung bei der Bankensanierung hätte in der Tat die Reichsbank erhebliche Verluste aus Forderungen an die Großbanken erlitten.

Trotz der Inanspruchnahme großer Mittel zur Bankensanierung erhalten die Aktionäre 12 Prozent Dividende, wie im Vorjahr. An Dividenden-Ausschüttungen, die über 8 Prozent hinausgehen, ist statutengemäß das Deutsche Reich beteiligt. Um dem Reich nicht mehr als die ihm zustehende Notensteuer in Höhe von etwa 18 Millionen Mark zukommen zu lassen, hat man die Bilanz so frisiert, daß zunächst nur 8 Prozent Reingewinn herauskommen; weitere 4 Prozent werden aus einem Spezial-Reservefonds entnommen, auf den das Reich keinen Anspruch hat. — Für das Jahr 1932 hat das Reich im voraus auf Erhebung der Notensteuer verzichtet, gewissermaßen als Bezahlung für Mitwirkung der Reichsbank bei der Bankensanierung.

Was können wir im übrigen aus dem Verwaltungsbericht lernen?

Zunächst einiges zum Wechselstand der Reichsbank. Ende Dezember 1931 waren Wechsel für 4,5 Milliarden Mark im Besitz der Reichsbank, Ende 1930 nur 2,1 Milliarden Mark. Wir wissen ja, daß — gleichzeitig mit Abnahme des Goldbestandes — der Wechselbestand der Reichsbank während des vergangenen Jahres stark zugenommen hat.

Es ist vielfach behauptet worden, daß der Wechselbestand sich durchaus nicht nur aus erstklassigen Wechseln (mit sicheren Schuldnern) zusammensetzt. Dem scheint zu widersprechen, daß nach dem Verwaltungsbericht der Wert der nicht oder nur teilweise eingelösten Inlandswechsel auf 146 Millionen Mark zurückgegangen ist; 1930 waren das 0,83, 1931 nur 0,79 Prozent des Gesamtbetrages der fällig gewordenen Papiere. Dieses „Krisenwunder“ läßt sich wohl sehr einfach dadurch erklären, daß 1931 viele Wechsel bei Fälligkeit prolongiert (verlängert) worden sind.

Der Reichsbankpräsident LUTHER gab auf der Generalversammlung selber zu, daß Ende Dezember 1931 „nach Notenbankgrundsätzen nicht als unbedingt erstklassig anzusehender Wechsel (Finanzwechsel)“ im Besitz der Reichsbank gewesen seien. Er fügte jedoch hinzu, davon sei inzwischen etwa ¼ Milliarde Mark zurückgezahlt worden. (Er gab aber nicht an, wieviel Finanzwechsel sich zur Zeit in den Beständen der Reichsbank befinden!)

Wenn man die Inlandswechsel und -schecks, die Ende 1930 und Ende 1931 im Bestand der Reichsbank waren, nach dem Fälligkeitstag gliedert, so ergibt sich das folgende Bild:

	1931	1932
fällig bis 15. Januar	865,9 Mill. M = 42 %	890,7 Mill. M = 22 %
fällig v. 16.—31. Jan.	329,9 Mill. M = 16 %	720,6 Mill. M = 18 %
fällig im Februar	535,6 Mill. M = 26 %	1109,8 Mill. M = 28 %
fällig im März	337,5 Mill. M = 16 %	1297,2 Mill. M = 32 %

Die Fälligkeiten haben sich also gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt erheblich verlängert. Darau, ferner aus dem Umstand, daß Ende 1931 der durchschnittliche Betrag der angekauften Inlandswechsel 2613 Mark ausmachte, Ende 1930 aber nur 1518 Mark, kann man schließen, daß der Bestand an Finanzwechseln (also von Wechseln, die nicht zur Finanzierung des laufenden Warengeschäfts dienen, sondern zur Aushilfe bei Finanzschwierigkeiten) gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen ist.

Im Verwaltungsbericht wird ausdrücklich betont, daß die Reichsbank Währungs-Experimente strikt ablehne; sie werde es auch künftig als ihre oberste Pflicht ansehen, die Stabilität der Reichsmark auf jede Weise zu sichern. — Wie paßt es eigentlich zu diesem Vorsatz, daß im Laufe des Jahres 1931 der Scheidemünzenumlauf von 1 Milliarde auf 1,3 Milliarden Mark erhöht worden ist? Ferner, daß Ende 1931 die Reichsbank 4,22 Milliarden Mark in Banknoten in ihren Tresors liegen hatte gegenüber nur 1,7 Milliarden Mark im Vorjahr? Wirklich nur, um den Hortungswünschen des Publikums gegenüber gerüstet zu sein?

Zur Bewältigung der Arbeit der Devisenbewirtschaftung wurde das Personal vermehrt von 9800 auf 11 900; trotzdem waren infolge der Gehaltskürzungen die Verwaltungskosten 8,5 Millionen Mark niedriger als im Vorjahr, sie betragen rund 88 Millionen Mark.

In den Zentralaussschuß der Reichsbank wurden insgesamt fünf Mitglieder neu berufen als Ersatz für drei verstorbene Mitglieder und die ausgeschiedenen Mitglieder BORSIG und STAUSS. Unter den neu gewählten Mitgliedern befinden sich (der Liste nach friedlich nebeneinander) WILHELM EGGERT vom ADGB und Dr. VÖGLER von den Vereinigten Stahlwerken. R. p. t.

Schmuggelkrieg.

An der deutsch-niederländischen Grenze findet täglich ein blutiger Kleinkrieg zwischen Zollbeamten und Schmugglern statt. Die Schmuggler sind dazu übergegangen, Kraftwagen, die mit besonderer Schutzpanzerung versehen sind, in rasender Fahrt durch das Feuer der Zollwachen zu schießen; es gelingt selten, diesen Schmugglern ihre Beute abzugeben. Als Gegenmaßnahme haben die Zollbeamten Stachelverhaue gezogen, in denen sich schon ganze Schmugglergruppen verfangen haben sollen. Die täglichen Schießereien machen eine Fahrt durch das Grenzgebiet lebensgefährlich.

Schmuggelmusik.

Weniger gefährlich, dafür um so belustigender ist ein Schmuggelversuch, der kürzlich ebenfalls an der deutsch-niederländischen Grenze unternommen wurde. Eine Musikkapelle wünschte eines Abends die Grenze zu überschreiten, um, wie die Musikanten sagten, im Auftrag eines Herrn einer Dame ein Ständchen zu bringen. Die Zollbeamten ließen sie durch und taten dasselbe am zweiten, dritten und vierten Abend, als die Musikkapelle immer wieder aus demselben Grunde die Grenze passieren wollte. Am fünften Abend sagte ein Zollbeamter, dem die Sache nicht ganz geheuer vorkam, zu den Musikanten: „Spielt uns doch hier mal was vor!“ Die Musikanten verrieten eine bei ihren Berufsgenossen gänzlich ungewohnte Bescheidenheit und behaupteten, daß sie nicht sehr gut spielten. Daraufhin packten die Beamten ihnen ihre Instrumentenkästen aus, und zwar nicht lediglich, um sie zum Spielen zu ermuntern; denn was aus diesen Kästen zum Vorschein kam, waren keineswegs Musikinstrumente, sondern vielmehr Waren, die auf diese Weise zollfrei über die Grenze geschmuggelt wurden. Der Herr, in dessen Auftrag die „Musikanten“ jeden Abend den Weg über die Grenze machten, bezahlte jedem von ihnen für diesen Dienst 8 Mark pro Abend.

Selbstmord-Epidemie.

Müssen wir im Wirtschaftsteil eine besondere Rubrik unter dieser Überschrift einrichten? Wir verzeichnen heute:

In Weissenstein (Estland) hat sich am 16. März der Direktor der dortigen dem KREUGER-Konzern gehörenden Streichholzfabrik erhängt.

In Paris ist am 16. März der Bankier FRANCOIS DE SAINT-PHALLE plötzlich gestorben. In Pariser Finanzkreisen geht das Gerücht, der Bankier habe im Zusammenhang mit KREUGERS Tod Selbstmord begangen.